

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Pf., durch unsern Buchhändler zugewandt monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Pf., bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2.40 Pf., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Poststellen sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungs- oder Verlagsanstalten oder der Verteilungsmittel — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Ersatzleistung des Verlegers. Ferner hat der Verleger in dem vorgenannten Falle keine Rücksicht, falls die Zeitung verhebt, in verhebrachten Umfang oder nicht eintrifft. / Druck- und Verlagsort: Leipzig, Nr. 10. / Verantwortlich: Direktor der Wilsdruffer Zeitung. / Anzeigenpreise sind in der Zeitung, die Geschäftsbedingungen oder die Geschäftsstelle. / Anzeigenpreise sind in der Zeitung, die Geschäftsbedingungen oder die Geschäftsstelle.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 221.

Sonnabend den 21. September 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Starke feindliche Angriffe gescheitert.

Kapital, Rohstoff, Arbeit.

Zum Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes.

Es wird darüber gestritten, was hilfsbedürftigen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zum Wiederaufbau ihrer Existenz am notwendigsten sei: Geld, Rohstoffe oder Arbeit. Indessen stehen Kredit, Rohstoff und Arbeitsbeschaffung in einem so engen organischen Zusammenhang, daß dem der Hilfe bedürftigen Kleingewerbetreibenden ohne Zweifel das eine ohne das andere wenig nützen würde. Es ist notwendig, für Kapital, Rohstoff und Arbeit zu sorgen. Man wird aber billigerweise nicht alle Hilfe von den Behörden erwarten dürfen; das Handwerk wird auf der bewährten Grundlage genossenschaftlichen Wirkens vor allen Dingen selbst an dem Wiederaufbau des Mittelstandes arbeiten müssen. Kredit- und Rohstoffgenossenschaften werden das Fundament des Wiederaufbaus legen müssen, von dem jetzt so viel die Rede ist. Je größer die Zahl der einer Kredit- und Rohstoffgenossenschaft angehörigen Handwerker, um so viel kapitalkräftiger wird sie sein und um so leichter ihr die Rohstoffversorgung werden. Die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes müssen aber mehr und mehr von der Überzeugung durchdrungen werden, daß sie durch Anschluß an eine ihrer Berufstätigkeit entsprechende Kredit- und Einkaufsgenossenschaft ihre eigenen Interessen wesentlich fördern.

Geld allein kann dem notleidenden gewerblichen Mittelstand nichts nützen; fehlt es an Rohstoffen und Arbeit, so wirkt das Geld weit eher schädlich als nützlich — es wird für Zwecke verbraucht, für die es vom Gläubiger nicht hergegeben wurde und verschlimmert die Schuldenlast des Gewerbetreibenden, da es keine nutzbringende Arbeit leistet. Es kommt aber darauf an, daß das dem Bewerber unter gewissen Voraussetzungen gewährte Kapital zur Wiederbelebung seiner gewerblichen Tätigkeit oder Neubegründung eines ausblutsreichen Unternehmens verwendet wird, daß es nicht in die Hände eines leichtfertigen, lässigen oder uneheligen Mannes gerät, von dessen selbstwändigem Geschäftsbetrieb kein Erfolg zu erwarten ist. Darum will der von Staat und Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften, gemachte Vorschlag, den größeren Teil der einem Bewerber gewährten Summe, diesem in Form von Rohstoffen, Maschinen und Werkzeugen zuzuteilen, sehr zweckmäßig erscheinen. Es würde also nur ein kleiner Teil der Summe dem hilfsbedürftigen Handwerker in Bargeld zur freien Verfügung überlassen werden. Allerdings wäre hier ein schematisches Verfahren nicht am Platze; eine individuelle Behandlung der Einzelfälle könnten Behörden zwar nicht durchführen, wohl aber die Kredit-, Einkaufs- und Rohstoffgenossenschaften der verschiedenen gewerblichen Berufsgruppen, da ihre Verwaltungsorgane die erforderliche Sach- und Personenkenntnis sowie die nötige geschäftliche Erfahrung auf dem gerade in Betracht kommenden gewerblichen Fachgebiete besitzen.

Doch selbst dem vertrauenswürdigsten und tüchtigsten Handwerker werden einige tausend Mark nicht viel nützen können, wenn ihm nicht der Bezug von Rohstoffen gesichert wird. Es ist schon vielfach auf eine dem Handwerk drohende große Gefahr hingewiesen worden, daß nämlich die Industrie mit ihren gewaltigen Mitteln die Rohstoffe nach Friedensschluß um jeden Preis aufkaufen könnte, um so den Wettbewerb des Handwerks und Kleingewerbes völlig auszuscheiden. Das würde schließlich zu einer völligen Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes führen. Viele Volkswirtschaftler vertreten daher den Standpunkt, daß es eine unabwendbare Pflicht des Staates sei, nach Friedensschluß im Interesse seiner Volkswirtschaft, die durch den Krieg am schwersten gelitten haben, die Rohstoffverteilung in der Hand zu behalten. Vielleicht werden sich die Verhältnisse für das Handwerk aber gar nicht so schwierig gestalten, wenn infolge der Erstarbung der Einkaufsgenossenschaften diese auf dem Warenmarkt ebenso gut wie die kapitalkräftige Industrie als Großhändler aufzutreten vermögen. Die Beschaffung von Rohstoffen ist aber für den Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes ein Faktor von entscheidender Bedeutung. Selbst vereint vermögen Kapital und Arbeit dem bedrängten Handwerker nicht aufzuhelfen, solange Rohstoffe fehlen. Aber andererseits können auch Kapital und Rohstoff vereint nichts ausrichten, wenn es an Arbeit fehlt. Aufgabe der Behörden wird es vor allem sein, das Handwerk an den öffentlichen Arbeiten zu beteiligen.

Es wird schon seit Jahrzehnten darüber gelaust, daß das Handwerk bei öffentlichen Ausschreibungen von den großkapitalistischen Unternehmungen in die Enge getrieben wird. Das bisherige System der Vergabe öffentlicher Arbeiten, bei welchem der Mindestfordernde den Zuschlag erhält, ist längst als höchst ungesund erkannt

worden. Unternehmer, die sich in einer verzwiefelten Lage befinden, arbeiten um jeden Preis für Behörden, um nur wieder Geld in die Finger zu bekommen oder ihre Gläubiger durch Hinweis auf den großen Aufstieg vertrösten zu können. Die Arbeit fällt dann natürlich danach aus. Auch sonst hat das System der öffentlichen Ausschreibungen zu mancherlei unlauteren Machenschaften, gräßlichem Vertrauensmißbrauch, Beamtenbestechung usw. geführt. An die Stelle dieses ungelunden, häufig betrügerischen Submissionswesens sollte nun im Interesse des gewerblichen Mittelstandes eine planmäßige Verteilung der Arbeiten erfolgen, wobei nicht wie bisher der Billigste, sondern der Tüchtigste, der Qualitätsarbeit zu leisten vermag, zu berücksichtigen wäre. Das gebietet aber nicht nur die Lage des Mittelstandes, sondern auch eine vernünftige Bewirtschaftung der öffentlichen Mittel. Für Arbeiten, die im Interesse der Volksgemeinschaft geleistet werden, ist die beste Leistung gerade gut genug.

Der gewerbliche Mittelstand braucht Kapital, Rohstoffe und Arbeit, um wieder auf einen grünen Zweig zu kommen — nicht das eine oder andere. Wer die großen Unmengen beachtet, die der Krieg im Gewerbe hervorgerufen hat, kann sich dieser Einsicht nicht verschließen. Aber der Staat kann nicht allein alle Schäden heilen; die Hauptarbeit wird durch die Willenskraft der betroffenen Berufsleute, durch den Ausbau der unterirdischen Genossenschaften geleistet werden müssen.

Die Kriegslage und der Friedenswille.

Von unserem militärischen Mitarbeiter.
Am 14. der Westfront stehen die Meere in schwerem Ringen. Wohl der gewaltigste Kampf seit Kriegsbeginn tobt dort ein Kampf, wie er durch Einzug an Menschen und technischer Hilfsmittel jeder Art wohl einzig dasteht. In geradezu krankhafter Sucht nach einer operativen Entscheidung treibt sich die Woffen immer wieder zum Großangriff vor, rücksichtslos opfernd, um Ziele zu erreichen, die ihm doch unerreichbar bleiben werden.
Betrachtet man sich die Lage im Großen, so ist an ihr in Vergleich zu den Jahren 1915, 16 und 17 mit Ausnahmefällen kleiner Schwankungen auch nicht das Geringste geändert. Je fester die Westfront stehen unsere Meere tief in Feindesland verzwiefelt sucht der Feind sie zu durchbrechen. Der Angriff auf den Mittelbogen zielte ebenfalls nach weitgehender strategischer Erfolge: Es galt, den Bogen durch Planen angriff aus der Richtung Verdun und Toul, also im Nordwesten und Süden her, einzustößen, abzuschneiden und die darin befindlichen deutschen Verbände zu vernichten. War dieses Ziel erreicht, so hätte sich Foch dort die Möglichkeit geschaffen, in die Boovre-Ebene auf das Erzbecken von Brügge vorzustoßen. Nach strategisch zu bedenden und gleichzeitig Hand auf die über Metz und Diedenhofen hinter unsere Westfront führen den wichtigen Verbindungen legen können.
Dieser Plan ist groß angelegt und kann fast als eine Erzeugung der alten Joffe'schen Versuche angesehen werden aus der Champagne heraus im Durchbruch nach Norden unsere Hauptverbindungen hinter der Front zu fassen und gleichzeitig die deutsche Front nach Westen hin abzuschneiden. Unsere Strategie, die in Verfolg unseres Ausweichens augenblicklich Entscheidungen vermeidet, um Kräfte zu sparen hat diesen Plan durch den planmäßig vorbereiteten Abzug in die Sehnentstellung des Mittelbogens vereitelt. Der Feinde wurde dabei im Augenblick des Losbruchs seines sel langen Wochen vorbereiteten Angriffs die Basis für dessen Fortsetzung verweigert entzogen; er verlor also wieder kostbare Zeit, was in anbeacht des nahenden Winters für ihn besonders unangenehm sein wird. — Nun ist zweifelslos das Ende der feindlichen Kraftanstrengungen noch nicht gekommen. Mit erneuten, gewaltigen Angriffen haben wir zu rechnen und zwar in Richtung Cambrai, zwischen Ailette und Aisne und auch zwischen Verdun und Toul. Fast sieht es aus, als ob aus Verdun heraus eine Erweiterung dieses letzten Angriffes folgen könnte.
Ob Foch außerdem noch die Kräfte hat, an andere Stelle vorzustoßen — vielleicht im Elsaß — bleibt abzuwarten. Immerhin stehen wir mitten in einer gewaltigen Hochspannung, sehen ihrer weiteren Entladung aber mit der festesten Gefühl entgegen, daß die Feinde nie und nimmer durchkommen werden, trotz ihres an Massenmord grenzen den Opfers schwarzer und weißer Menschen. Wenn in diesen Augenblick der Vorschlag unseres Bundesgenossen an all Kriegführenden ergangen ist, zu unverbindlichen Besprechungen zur Herbeiführung eines Friedens Betreiter nach einer neutralen Lande zu entsenden, so entspricht dieser Vorschlag also keineswegs der für uns durchaus geeigneten Kriegslage sondern rein menschlichen Erwägungen, sowie der Sorge um den Bestand des alten Europa. Man müßte eigentlich annehmen, daß der Feind angesichts seines sehtigen entscheidungslosen Ringens und seiner Autopier an der Erkenntnis kom

men muß, daß seine Kriegsziele unerreichbar bleiben, daß wir unüberwindlich sind. Er kann sich hieron ja in weiteren nutzlosen Ansturm überzeugen; denn die Kriegshandlung soll ja fortgeführt werden. Das ist also nicht Schwäche, sondern ruhige Vernunft, die diesen Vorschlag den Feinden bietet.

Unsere Friedensbereitschaft ist seit dem Friedensangebot unseres Kaisers — als Oberster Kriegsherr — vom Dezember 1918 oft genug von unserer Regierung bekräftigt worden. Jedemal war die Antwort aus dem feindlichen Lager Spot und Hohn. Unser Verteidigungskampf, unser Ringen um die Existenz mußte also weitergeführt werden und wird auch in Zukunft mit noch strafferer Sammlung aller Kräfte fortgesetzt werden, wenn die Feinde auch diesmal sich ablehnend verhalten. Wir tun gut daran, zunächst einmal deren Antwort mit der gehörigen Skepsis abzuwarten; wissen wir doch nicht ob sie es ehrlich meinen oder gar mit Bedingungen hervortreten, die unsere Zukunft vernichten sollen. Dann heißt es das Schwert noch fester packen!

Unsere Unbesiegbarkeit hat das deutsche Heer der Welt 4 Kriegsjahre hindurch bewiesen, es gilt, dies auch weiterhin zu beweisen. Kämpfend, zum Ausbruch entschlossen, haben wir abzuwarten, welchen Ton der Feind auf den Vorschlag unseres Bundesgenossen anschlägt. Hoffnungen und Wünsche gelten im Kriege nicht, allein Tatkraft und Tapferkeit beweisen. In kraftvoller Ruhe können wir abwarten! Z.

Hindenburg über die Friedensnote.

Erlaß an das Feldheer.
Berlin, 19. September.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an das Feldheer nachstehenden Erlaß gerichtet: „Die Österreichisch-ungarische Regierung hat allen Kriegführenden vorgeschlagen, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden. Die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden.“

Die Bereitschaft zum Frieden widerspricht nicht dem Geiste, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser Oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Mehrfach hat seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekräftigt. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spot und Hohn.

Die feindlichen Regierungen verstoßen ihre Völker und Meere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland. So führten wir unsern Verteidigungskampf weiter. Unser Verbündeter hat nun einen neuen Vorschlag gemacht, in Besprechungen einzutreten. Der Kampf soll dadurch aber nicht unterbrochen werden.

Für das Heer gilt es also, weiter zu kämpfen. Das deutsche Heer, das nach vier siegreichen Kriegsjahren praktisch die Heimat beherrscht, muß unsere Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Nur hierdurch tragen wir dazu bei, daß der feindliche Vernichtungswille gebrochen wird.

Kämpfend haben wir abzuwarten, ob der Feind es ehrlich meint und er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist und wir ihn mit Bedingungen erkaufen sollen, die unseres Volkes Zukunft vernichten.“

Graf Burians Mißerfolg.

Eine gemeinschaftliche Antwort des Verbandes?

Die schnelle Antwort Amerikas auf den Vorschlag des Grafen Burian hat in der ganzen neutralen Welt überaus großes Interesse erregt. Die „Wilsdruffer Tageblatt“ meint, ist nach der amerikanischen Ablehnung die Burian-Note völlig gegenstandslos geworden; denn es sei klar, daß es dabei in erster Linie auf Wilson ankam. Mit Recht meint das Blatt, wenn Wilson keine schöne Rede in die Wirklichkeit umgesetzt hätte, so hätte der Verband kaum Einspruch zu erheben gewagt. Die Verantwortung sollte nun ganz und gar auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der endlich den Schleier fallengelassen habe. Die Welt erkennt, daß Amerika sich die Vernichtung zweier großer europäischer Völker zum Ziel genommen habe.

Die Rede Clemenceaus.

Machlos wie immer, nur durch Wilsons ausgesprochenen Vernichtungswillen kühner gemacht und wohl auch ein wenig durch die jüngsten Ereignisse an der Westfront ermutigt, hat Clemenceau im Senat eine Rede gehalten, die den schimmerten ihrer Art zählt. Sie atmet den trunkenen Geist eines Stoenraufes, dessen nur der Franzose fähig ist, und schon heute darf man sagen, daß der unausbleibliche Rückschlag im französischen Volke um so tiefer wirken wird, wenn sich herausstellen wird, daß der deutsche Rückzug ohne Ver-